

LEBENSSTATIONEN

Verantwortung übernehmen

Eine der letzten schriftlichen Amtshandlungen Carl Lamperts als Provikar dürfte jenes Schreiben mit der Nr. 1693/2 1020 sein, indem er 2 Tage vor seiner Verhaftung nachstehende Weisung an die Pfarr- und Seelsorgeämter der apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch erteilt. Dieses Schreiben zeigt deutlich, inwieweit Carl Lampert nicht geneigt war, nationalsozialistische Gesetzgebungen, die in Konflikt mit dem Kirchengesetz stehen, hinzunehmen. Lampert informierte neben anderem über das deutsche Vereinsgesetz, welches religiöse Vereinigungen umgewandelt haben wollte: „Wofern es sich um rein kirchliche, religiös-asketische Vereinigungen handelt, können diese nach dem Kirchenrecht ohne Verlust ihres kirchlichen Charakters nicht umgeändert werden. Es wäre daher Folgendes mitzuteilen: „Als derzeitiger Leiter des ... muss ich bekanntgeben, dass es sich hier um eine rein kirchliche Vereinigung handelt, für die ich nach den kirchenrechtlichen Bestimmungen (Can. 689 C.i.c.) weder das Recht noch die Möglichkeit habe, irgendwelche Umänderung vorzunehmen. Ich bitte deshalb, sich in dieser Angelegenheit an meine vorgesetzte kirchliche Behörde zu wenden.““ Man erkennt deutlich, dass Carl Lampert die Pfarr- und Seelsorgeämter nicht alleine ließ, sondern Verantwortung übernehmen wollte.

ELISABETH HEIDINGER

LEITERIN DES CARL LAMPERT FORUMS



Abschiebungen notwendig, aber keine Anlassgesetze

Landau zum „Fall Leonie“

Caritas-Präsident Michael Landau sprach sich in der ORF-Presserstunde gegen Anlassgesetzgebung nach dem „Fall Leonie“ aus.

Landau räumte ein, dass Abschiebungen grundsätzlich notwendig seien. Jetzt Verschärfungen des Asylrechts zu fordern, sei aber nicht zielführend, denn „Anlassgesetzgebung ist immer etwas Schlechtes“. Der Caritas gehe es nicht um ein Auswalzen der Verfahren in alle Instanzen, sondern um faire Verfahren unter Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europä-

ischen Menschenrechtskonvention. Fehler der Vergangenheit, die Landau im Zusammenhang mit dem Fall Leonie sieht, seien die Kürzungen beim Gewaltschutz und bei der Integration. Die Täter müssten mit voller Härte des Gesetzes bestraft werden. Es dürfe aber keinen Generalverdacht gegen Afghanen geben. Abschiebungen nach Afghanistan müssten für jeden Fall aktuell bewertet werden, da sich durch den Vormarsch der Taliban alles rasch ändere. Es müsse geprüft werden, welcher Gruppe der Betreffende angehöre und aus welcher Region er komme.

Freiwillige Auslandseinsätze nun wieder möglich

Volontariat: Aufbruch in den Einsatz



Bundespräsident Alexander Van der Bellen würdigte die Freiwilligen. KARLOVITS/HBF

Erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie starten junge Erwachsene im Sommer in ihren freiwilligen Auslandsdienst mit „Volontariat bewegt“, einer Initiative von „Jugend Eine Welt“ und den Salesianern Don Boscos. 19 junge Erwachsene brechen zu Projekten in Afrika, Lateinamerika, Asien und Osteuropa auf. Bundespräsident Alexander Van der Bellen nannte die Entscheidung, einen Dienst im Ausland zu leisten, ein „bemerkenswertes Zeichen“ von Solidarität und Einsatzwillen gegen ungerechte Strukturen, Ausbeutung und schlechte Entwicklungschancen insbesondere von Frauen und Kindern.

Armutskonferenz: Sozialhilfe misslungen

Die Abschaffung der Mindestsicherung und das neue „Sozialhilfegesetz“ bedeuten einen Rückschritt: Mit dieser Kritik fordert die Armutskonferenz eine Sozialhilfe-Reform. „Statt in der Krise Schutz zu bieten, führt das Gesetz zu einer Ausbreitung der Not, wie Beispiele aus Niederösterreich, Salzburg und Oberösterreich zeigen“, warnt Sozialexperte Martin Schenk. Die Sozialhilfe sei „umständlich“ gestaltet. Daher würde der Verwaltungsaufwand steigen, Leistungen jedoch gekürzt. Gewarnt wird auch vor einer bundes-un einheitlichen Sozialhilfe.



Tanja bleibt im Regen stehen – erzählt die Armutskonferenz ein Beispiel aus Niederösterreich. ARMUTSKONFERENZ

Caritas-Auslandshilfeschef in Griechenland

Mit einer Politik der Abschreckung werde sich das Flüchtlingsthema nicht lösen lassen: Das betonte Caritas-Auslandshilfeschef Andreas Knapp gegenüber Kathpress. Er befand sich dieser Tage in Griechenland, wo er das Flüchtlingslager Mavrovouni – das Nachfolgecamp von Moria – auf der Insel Lesbos und Hilfsprojekte in Athen besuchte. Einmal mehr drängte Knapp auf eine gesamteuropäische, solidarische Flüchtlingspolitik. Österreich sollte sich endlich an humanitären Aufnahmeprogrammen von anerkannten Flüchtlingen beteiligen.